

MEINUNG

Ein schöner Traum

LANGZEITARBEITSLÖSE Rüttgers-Herausforderin Hannelore Kraft bringt sich unnötig in Erklärungsnot

Von Silke Linneweber

Ihren Vorstoß zu gemeinnützigen Jobs für Langzeitarbeitslose startete Hannelore Kraft zur Unzeit für die SPD. Mit dem NRW-Wahlkampf, just als sich Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in die Sponsoring-Affäre verstrickt, bringt sich die SPD-Politikerin unnötig in Erklärungsnot. Dass Kraft, anders als FDP-Chef Guido Westerwelle, Langzeitarbeitslose nicht unter generellen Faulenzverdacht stellt, fällt leider unter den Tisch. Tatsächlich geht es Kraft um das Wohl derjenigen, die keine Chance

mehr haben, niemals wieder eine reguläre Arbeit zu finden. Leider verliert sie sich dabei in einem schönen Traum.

Natürlich gibt es Erfüllung jenseits der Erwerbsarbeit. Richtig ist auch, dass der Mensch eine sinnvolle Aufgabe braucht. Und selbstredend profitiert die Allgemeinheit, wenn sich jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten einbringt. Trotzdem überlastet die Schaffung von bis zu 1,2 Millionen Jobs die Gesellschaft. An Ideen für dem

Die Schaffung von bis zu 1,2 Millionen gemeinnützigen Jobs überlastet die Gesellschaft.

Gemeinwohl dienende Stellen herrscht zwar kein Mangel. Aber sie lassen sich nicht in beliebiger Zahl schaffen oder vermehren. Auch, weil sie in Konkurrenz treten zu regulären Jobs und den Druck auf Löhne für einfache Tätigkeiten erhöhen. Theoretisch sind Verdrängungseffekte zwar vermeidbar. Aber die Erfahrung, etwa mit dem Zivildienst, zeigt, dass die Realität anders aussieht.

Auch den Hartz-IV-Empfängern wird der Vorschlag nicht gerecht. Schließlich sollen diejenigen eine Aufgabe bekommen, die, wie es im Amtsdeutsch heißt, „multiple Vermittlungshemmnisse“ mitbringen. Wahrscheinlich ist, dass viele von ihnen auch gemeinnützige Tätigkeiten nur begrenzt ausüben könnten. Wen der Rücken schmerzt und wer über 60 Jahre alt ist, kann keinen Spielplatz in Schuss halten. Die Hilfskräfte in spe brauchen selbst Anleitung und Unterstützung – je näher sie am Menschen arbeiten sollen, desto mehr. Das kostet zusätzliches Geld, das aber auch Hannelore Kraft nicht bereitstellen will.

Letzte Chance

KRUZIFIX-URTEIL Der Menschenrechtsgerichtshof muss seine Fehlentscheidung kassieren

Von Rudolf Zell

Ein Zeichen dafür, wie weit der fundamentale antichristliche Geist in Europa bereits um sich gegriffen hat, lieferte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof mit seinem Kruzifix-Urteil. Die Richter in Straßburg entschieden

im Verfahren „Lautsi gegen Italien“, dass Kreuze in Klassenzimmern die Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie die Erziehungsrechte der Eltern verletzen. Eine Italienerin hatte gegen die Kreuze in der Schule, die ihre Kinder besuchen, geklagt und war vor dem obersten Verwaltungsgericht des Landes unterlegen. Daraufhin zog sie vor den Menschenrechtsgerichtshof, der zu ihren Gunsten entschied.

Zwei gewichtige Argumente können gegen das Urteil vorgebracht werden: Der Staat hat die positive, nicht die negative Religionsfreiheit zu garantieren. Das heißt im konkreten Fall: Religionsfreiheit darf nicht einseitig auf den Zwang zur Entfernung oder zum Verzicht auf religiöse Symbole reduziert werden. Eine Parteilichkeit des

Der Staat hat die Pflicht, den Bürgern die positive Religionsfreiheit zu garantieren.

Staates gegenüber den Religionen, wie die Straßburger Richter sie sehen möchten, ist letztlich eine Parteinahme für das Nicht- oder das Antireligiöse.

Zum Zweiten kann gegen das Straßburger Urteil mit gutem Recht auf den Grundsatz der Subsidiarität gepocht werden. Fragen des Staat-Kirche-Verhältnisses sind von Land zu Land verschieden und sollten deshalb auch auf nationaler Ebene geregelt werden. In Italien hat das Kreuz eben identitätsstiftende Wirkung und steht für die Werte der italienischen Gesellschaft. Also darf es auch in den Klassenzimmern hängen.

Die Republik Italien hat konsequent gehandelt, dass sie dieses Urteil, das dem gesunden Menschenverstand widerspricht, nicht hingenommen und eine Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Menschenrechtsgerichtshof erreicht hat. Der Fall wird nun einer aus 17 Richtern bestehenden Großen Kammer vorgelegt. Diese hat die letzte Chance, das Vertrauen in diese europäische Institution wiederherzustellen. Gegen ihre Entscheidung ist kein Einspruch mehr möglich.

Akten-Akrobat

GÜNTER GRASS Vom Waffen-SS-Mitglied zum Stasi-Opfer. Der Autor weiß sich zu vermarkten

Von Andreas Öhler

Wie kritisch man das literarische Werk und sein politisches Wirken auch beurteilen mag, Günter Grass ist immer für eine Überraschung gut. Vor allem dann, wenn er, wie ein Zauberer aus seinem Zylinder, Teile seiner verschatteten Biografie auf den Markt wirft. 2006 landete er einen Coup, als er in der Autobiografie „Beim Häuten der Zwiebel“ seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS offenlegte. Der Ruch verbrecherischer Täterschaft, der diesen NS-Militärverbänden anhaftet und an dem Grass nun unweigerlich partizipierte, hat seiner moralischen Reputation weniger geschadet, sondern eher die Auflage seines Buches gesteigert. Der Voyeurismus der skandalisierten Medien wurde bestens bedient.

Nun darf Grass endlich wieder ganz Opfer sein. In dieser Rolle macht er eine gute Figur: Der Journalist Kai Schlüter hat die Stasi-Akten des Großschriftstellers veröffentlicht, und der Meister hat sie kommentiert. Der Leser lernt den Schriftsteller als mutigen Streiter

Einem Zauberer gleich, zieht der Schriftsteller geschickt Teile seiner Biografie aus dem Hut.

für die Redefreiheit kennen, der durch seine Treffen mit systemkritischen DDR-Kollegen die Staatssicherheit in Alarmzustand versetzte. Seinen prominenten Namen wusste er geschickt ins Spiel zu bringen, wenn er verfeindeten Ostkollegen zu Publikationen im Westen verhalf. Auch dass er in einem Brief an die Chefin der Stasi-Unterlagenbehörde, Marianne Birthler, bat, seine Spitzel nicht öffentlich bloßzustellen, wirkt auf den ersten Blick generös.

Diese Milde, die Grass politischen Gegnern sonst nicht zugesteht, hat seine Gründe, hegte er doch, zumindest nach dessen Unterangabe, eine offenkundig unerwiderte Liebe zum SED-Staat. Unvergessen, wie er die DDR nach der Wende als „kommode Diktatur“ bezeichnete und gegen die Wiedervereinigung wetterte, die er als „Machtergreifung wie 1933“ diffamierte. Es wäre zu wünschen, dass Grass aus seinen eigenen Akten politische Lehren zieht und begreift, was für einem totalitären Überwachungsstaat er posthum noch die Reverenz erwies.

SEHE AUCH SEITE 20

Neue Runde, alte Debatten

ISLAMKONFERENZ Weil Innenminister Thomas de Maizière einen der vier Muslimverbände ausgeschlossen hat, drohen nun Störfeuer von außen

Von Jan Kuhlmann

Große Posen sind seine Sache nicht. Thomas de Maizière bevorzugt die stille Arbeit an der Sache. Vor allem ist der Bundesinnenminister an Ergebnissen interessiert. Insofern kann ihm die erste Deutsche Islamkonferenz (DIK) nicht so sehr gefallen haben. Drei Jahre lang tagte das 30-köpfige Gremium aus Vertretern des Staates und der Islamverbände sowie unabhängigen Muslimen, häufig mit großem Palaver und wütenden Debatten. Doch als im vergangenen Sommer die letzte Sitzung zu Ende ging, blieben die Resultate bescheiden. Nicht einmal auf eine gemeinsame Stellungnahme zum Abschluss konnte man sich einigen, weil mit dem Islamrat einer der vier vertretenen Muslimverbände ausscherte. Stattdessen: viele kritische Worte.

Der Islamrat monierte, „muslimische Religiosität“ sei in dem Papier durchgehend „als integrationshemmend“ problematisiert worden. Necla Kelek, Teilnehmerin der DIK und streitbare Publizistin mit dem inoffiziellen Titel „Islamkritikerin“, hielt das „Experiment Islamkonferenz“ gleich für gescheitert. So blieb als größter Erfolg letztlich die Tatsache, überhaupt miteinander geredet zu haben. Etwas mehr hätte es schon sein dürfen.

Etwas mehr muss vor allem die zweite Runde der Islamkonferenz bring-

en, die im Mai beginnt. Die bloße Existenz des Gremiums kann nicht mehr als Erfolg verkauft werden. Statt das große Ganze zu debattieren, soll sich die Islamkonferenz nun aus den Feuilletons verabschieden und lieber praktische Fragen der Politik diskutieren: Wie lässt sich in den Ländern endlich islamischer Religionsunterricht einführen? Wie können Imame in Deutschland ausgebildet werden? Wo verläuft die Trennlinie zwischen Islam und Islamismus? Um die neue Runde nicht mit alten Debatten zu belasten, hat de Maizière auch die meisten Gesprächspartner ausgewechselt. Ersetzt wurden etwa alle zehn nicht organisierten Teilnehmer, darunter neben Kelek auch die Rechtsanwältin Seyran Ates und der Autor Navid Kermani.

Ebenfalls nicht mehr am Tisch sitzen wird der Islamrat. Weil die Staatsanwaltschaft München gegen führende Mitglieder der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs – stärkste Gruppierung des Islams – und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes – ermittelt, bot das Innenministerium der Organisation nur eine ruhende Mitgliedschaft in der DIK an. Vier Beamte des Hauses überbrachten dem Islamrat diese Botschaft bei einem Treffen in Köln. Das Gespräch verlief freundlich, doch die Antwort des Islamrates war deutlich: Er will nun gar nicht mehr an der Islamkonferenz teilnehmen.

Empört wies der Islamrat-Vorsitzende Ali Kizilkaya die Vorwürfe des Innenministeriums zurück. Er sieht einen anderen Grund für die Suspendierung: „Wir sind faktisch ausgeschlossen worden, weil wir uns bei der ersten Islamkonferenz selbstbewusst für die Muslime eingesetzt und nicht zu allem Ja gesagt haben“, meint Kizilkaya. „Wir waren ein unbequemer Teilnehmer.“

Was ein Befreiungsschlag hätte sein können, um die DIK aus den Fesseln großer, aber wenig ergebnisreicher Debatten zu lösen, schafft so neue Fronten. Nicht nur der Islamrat selbst kritisierte seinen Ausschluss; an seiner Seite stehen – zumindest öffentlich – die drei Verbände, mit denen er sich zum Koordinierungsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossen hat: der Zentralrat der Muslime, die Türkisch-Islamische Anstalt der Religionen (DiTiB) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Von einem „Rückschlag im Bemühen eines kritischen Dialogs zwischen Staat und Muslimen“ spricht der Generalsekretär des Zentralrats, Aiman Mazyek. Am Freitag wollen die vier Verbände in Köln über Konsequenzen beraten. Sogar ein Rückzug aller Muslimverbände aus der Islamkonferenz steht im Raum.

So weit wird es wohl nicht kommen. Dennoch belastet der Ausschluss des Islamrates die zweite Runde der Islamkonferenz, noch ehe sie überhaupt begonnen hat. Die muslimischen Verbän-

de bringt de Maizière mit seinem Entschluss in eine heikle Lage. Immer wieder monierte der Staat, ihm fehle auf muslimischer Seite ein einheitlicher Ansprechpartner. Die Gründung des Koordinierungsrates nach jahrelangem Zwiß zwischen den Verbänden sollte Abhilfe schaffen. Außer einigen gemeinsamen Stellungnahmen folgte danach jedoch wenig.

Mit seinem Nein zum Islamrat ver setzt de Maizière dem Koordinierungsrat der Muslime einen weiteren Schlag, weil er eines der vier Mitglieder massiv infrage stellt. Eine einheitliche, starke Stimme der Muslime dürfte somit auf lange Zeit ein Wunsch bleiben. Stattdessen werden Kizilkaya und seine Mitstreiter von Milli Görüs jede Gelegenheit nutzen, Druck auf die anderen muslimischen Verbände auszuüben und die Legitimation der Islamkonferenz mit Störfeuern von außen in Zweifel zu ziehen. Die grundsätzlichen Debatten über Sinn und Zweck des Gremiums werden so fortgesetzt, wenn auch an anderer Stelle.

Für den Islamrat geht es längst nicht nur um die Teilnahme an der Islamkonferenz. Schon seit Jahren kämpft die Organisation darum, vom Staat als Partner für den islamischen Religionsunterricht akzeptiert zu werden – bislang ohne Erfolg. Wenn es jetzt bei der Islamkonferenz um dieses Thema geht, wird sie ebenfalls außen vor bleiben. Damit hat der Islamrat kaum noch Aussicht, am islamischen Schulunterricht beteiligt zu werden.

Schon einmal war der Islamrat deswegen vor Gericht gezogen, damals zusammen mit dem Zentralrat der Muslime. Zunächst scheiterten die beiden Organisationen vor dem Oberverwaltungsgericht Münster mit ihrer Klage, in Nordrhein-Westfalen Islamunterricht erteilen zu dürfen. Allerdings hob das Bundesverwaltungsgericht das Urteil auf und verwies es zurück an das OVG, weil ihm die Begründung der Richter nicht stichhaltig genug war. Auf Antrag der beiden Verbände ruht das Verfahren dort, weil sie sich zunächst um eine politische Lösung bemühen wollten. Allerdings: Es könnte jederzeit wieder aufgenommen werden, wenn einer der Beteiligten einen entsprechenden Antrag stellt.

Ali Kizilkaya jedenfalls denkt nun wieder über juristische Schritte nach: „Der juristische Weg ist nicht unser Ziel. Wir wollen auch keinen Alleingang“, sagt er. „Aber wenn die Politik entsprechende Entscheidungen gegen uns fällt, dann müssen wir das gegebenenfalls rechtlich klären.“ Nach rein sachorientierten Debatten hört sich das nicht an.



Koran in der Schule: Die Islamkonferenz soll von Mai an auch darüber diskutieren, wie endlich Islamunterricht eingeführt wird.

Der lachende Fünfte

GRÜNE Ihre momentane Stärke in den Umfragen entlarvt die Schwäche der anderen Parteien

Von Gabriele Höfling

Berlin, ein Sonntagabend in den Sommermonaten 2011: Kaum erscheinen die ersten Hochrechnungen, wird die noch etwas ungläubig dreinschauende Renate Künast mit Glückwünschen überhäuft, ihre Parteifreunde feiern sie frenetisch. Der grüne Berliner Landesverband mit Künast als Spitzenkandidatin ist stärkste Kraft bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus geworden. Die Politikerin gibt den Vorsitz der grünen Bundestagsfraktion auf, wird regierende Bürgermeisterin in der Hauptstadt – und damit erste Ministerpräsidentin, die die Partei stellt. Eine Sensation.

Noch ist das nur ein frei erfundenes Szenario, die vorsichtige Träumerei einiger Grüner. Dass es solche Überlegungen gibt, zeigt jedoch: Die aktuellen Umfrageergebnisse beflügeln die Phantasien. 16 Prozent im Bund, 20 in Berlin und 13 in NRW, wo im Mai Wahlen anstehen: Die „Ökopartei“ ist derzeit so stark, dass sie vor Kraft kaum laufen kann.

Doch Umfragen sind das eine. Sie in die harte Wahrheit von Wahlergebnissen umzuwandeln, steht auf einem anderen Blatt. Dazu bietet sich 2010, anders als im vergangenen Superwahljahr, außer in NRW kaum eine Gelegenheit. Das wissen auch die grünen Parteifreunde. Sie geben sich bescheiden: „Wir sollten jetzt nicht in einen grünen Größenwahn verfallen“, warnt Nachwuchspolitiker Arvid Bell, Mit-

glied im grünen Parteirat. Forsa-Chef Manfred Güllner warnt ebenfalls vor einer Überinterpretation der Umfrageergebnisse: „Derzeit wandern viele enttäuschte SPD-Wähler zu den Grünen. Wenn die Sozialdemokraten wieder attraktiver werden, sind diese Stimmen aber weg.“

Doch nicht nur vom Dauertief der SPD kann die Partei profitieren, auch Schwarz-Gelb ist in der Krise, die Linke ringt um ihre neue Führung: Die Grünen sind derzeit die lachende fünfte Kraft im Parteiensystem. Das ist umso erstaunlicher, als es eher ruhig um ihre führenden Politiker ist: Weder in der Hartz-IV-Debatte noch bei der Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes haben sie sich als Wortführer hervorgetan.

Dennoch haben sie eine große Auswahl an Koalitionspartnern: Jamaika regiert im Saarland, nach dem ersten schwarz-grünen Landesprojekt in Hamburg wird der NRW-Landesverband nicht nur von der SPD, sondern auch von der CDU heftig umworben.

Ökologie wird relevanter

„Auch unabhängig vom momentanen Hoch sind die Grünen gut aufgestellt. Sie sind anschlussfähig geworden an ganz unterschiedliche Milieus“, sagt der Bremer Parteivorsitzende Lothar Probst. Der Parteivorsitzende Cem Özdemir erzählt, dass er zu Gast war auf der Handwerksmesse in München,

beim politischen Aschermittwoch der bayerischen Grünen gab es eine gemeinsame Aktion mit heimischen Milchbauern: „So etwas hätte es vor zehn Jahren noch nicht gegeben.“ Das ur-grüne Thema der Ökologie hat an Relevanz gewonnen, auch die anderen Parteien haben es in ihr Portfolio übernommen. „Die wilden Jahre sind vorbei, lange Bärte und Turnschuhe Vergangenheit“, sagt Güllner.

Freie Berufe, Beamte, höhere Angestellte, oder Selbstständige – überall schnitten die Grünen gut ab, sagt Probst: „Sie gelten als eine programmstarke Partei. Der Dreiklang aus ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit findet auch unter bürgerlichen Wählern Zustimmung.“ Vor allem bei höher gebildeten und einkommensstarken Menschen, denen auch der soziale Gedanke wichtig sei, komme die Partei gut an: „Die Wähler der Grünen können sich eben nicht nur den teuren Kühlschränken mit hohen Umweltstandards leisten, sondern sie haben auch den Anspruch, verantwortungsvoll und zukunftsweisend zu leben.“

Probst beobachtet eine größere Geschlossenheit in der Partei: „Die Grünen tragen ihre Konflikte nicht mit der Verbissenheit aus wie früher, das harte Gegeneinander von Fundis und Realos existiert nicht mehr.“ Cem Özdemir ergänzt: „Wir sind in Grundfragen nah beieinander, die Gegensätze waren früher ausgeprägter.“

Bei einem genaueren Blick wird die Stärke der Grünen auch eine Frage der Geografie: „Es gibt ganz unterschiedliche Situationen, mit denen wir es zu tun haben. Nicht überall sind wir vorne“, sagt Özdemir. Im Bundestag bilden die Grünen gerade mal die fünftstärkste Fraktion, nächstes Jahr stehen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz Wahlen an, bei denen die Partei um den Einzug ins Parlament kämpfen muss. Aber es gibt auch Großstädte wie Freiburg und Tübingen, wo sie den Oberbürgermeister stellen. „In den urbanen Räumen tummelt sich das bildungs- und einkommensstarke Milieu der Grünen“, erklärt Probst.

Wichtige ökonomische Fragen

Auf lange Frist könnte die Partei jedoch Nachwuchsprobleme bekommen, glaubt Forsa-Chef Manfred Güllner: „Die Menschen müssen sich wieder stärker ökonomischen Fragen stellen, sich Gedanken machen um Einkommen und soziale Absicherung. Das begünstigt aber nicht die Wahl einer ökologischen Partei.“ Der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour sieht das naturgemäß anders: „Beim Umweltschutz geht es nicht um irgendwelche versponnenen Gedankenspiele. Der Klimawandel ist ein existenzielles Thema, das die Menschen zunehmend in ihrem Leben betrifft“, sagt er. „Da geht es um handfeste Politik.“